

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** 40 (2013)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Das harte Ringen um olympische Ringe  
**Autor:** Lettau, Marc  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-911086>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 19.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das harte Ringen um olympische Ringe

Versprochen hatten die Initianten besonders nachhaltige Olympische Spiele. Aber der Traum ist vorzeitig ausge-  
träumt: Die Stimmberechtigten des Kantons Graubünden sagten Nein zu Olympischen Winterspielen 2022 in St. Moritz  
und Davos. Warum wird den weltweit umworbenen Spielen in der Schweiz so viel Skepsis entgegengebracht?

Von Marc Lettau

Wer erinnert sich an die Olympischen Spiele von 2010 in Bern und Montreux? Man kann sich an sie nicht erinnern, denn sie haben nie stattgefunden. Die Kandidatur Bern-Montreux wurde von den Bernerinnen und Bernern vorzeitig gebodigt. Ihnen gefiel zum Beispiel die Idee überhaupt nicht, den Hausberg der Bundesstadt – den Gurten – für eine Bobbahn zu opfern. 2002 sagten sie deshalb klar Nein zu Olympischen Spielen vor der eigenen Haustüre.

Nun folgt das Déjà-vu: Anfang März 2013 ist auch im Kanton Graubünden der Olympia-Traum vorzeitig geplatzt. In einer Volksabstimmung stellten sich 53 Prozent gegen Olympische Winterspiele im Jahr 2022. Erfolglos hatten Vertreter aus Politik, Sport und Wirtschaft den Wert der Spiele für die Zukunft Graubündens betont. Und erfolglos hatten die Initianten versprochen, sehr nachhaltige Spiele zu planen. Gehör fanden stattdessen Umweltorganisationen, die das Versprechen der Initianten als blosse Marketingidee kritisierten und vor «riesigen Schuldenbergen und Umweltschäden» warnten.

### Das Nein in Person

Das «personifizierte Nein» ist die 60-jährige Gymnasiallehrerin und SP-Politikerin Silva Semadani. Sie hatte sich leidenschaftlich gegen die Olympia-Promotoren gestellt. Zu ihrer Motivation sagt sie rückblickend, «der Gigantismus heutiger Spiele» vertrage sich nicht mit dem Schutz der Alpen: «Olympische Winterspiele sind nicht nachhaltig. Die Verschwendung von Energie und Ressourcen und die Beeinträchtigung von Natur und Landschaft ist gross.» Die «kommerzialiserte Megaveranstaltung» passe nicht in Bergtäler: «Ich strebe eine sanftere, selbstbestimmte Entwicklung des Kantons an.»



Silva Semadani, SP-Nationalrätin und Aushängeschild der Olympiakritiker

Mit ihrer Kritik sagt Semadani indirekt, dass die Abstimmung nicht allein in Graubünden, sondern auch im russischen Sotschi entschieden wurde. Die nahenden Winterspiele 2014 im subtropischen Badeort gelten gemeinhin als megaloman, ist doch ihr Budget von 8 auf inzwischen 44 Milliarden Franken hochgeklettert. Semadani: «Die Spiele von Sotschi mit all ihren brachialen Eingriffen in die Natur und ihren exorbitanten Kosten sind für alle vernünftig denkenden Menschen ein abschreckendes Beispiel.»

### Viele schlechte Erfahrungen

Aber auch die Erfahrungen bisheriger Austragungsorte seien ernüchternd, sagt Semadani. Zurückgeblieben sind Umweltschäden, überdimensionierte Infrastrukturen und Schuldenberge für die öffentliche Hand. Selbst Sportfans räumen ein, Sotschi beeinflusse den schweizerischen Blick auf die Spiele. «Dabei ist Sotschi das absolute Gegenteil der Olympischen Spiele, wie sie die Bündner organisieren wollten», sagt der erfahrene Sportjournalist Thomas Renggli nach einem Augenschein in Russland. Semadani sagt: «Wenn die Spiele überhaupt noch im Alpenraum stattfinden sollen, muss das Internationale Olympische Komitee (IOK) seine Regeln ändern und viel stärker auf bestehende Infrastrukturen setzen.» Heute seien die Spiele viel zu stark «eine

Geldmaschine für das IOK».

### Strukturelle Hürde

In der Schweiz fällt der Kanton, in dem der vorgesehene Austragungsort liegt, den Grundsatzentscheid über eine Olympia-Kandidatur. Aber die Spiele überfordern einen einzelnen Kanton. Nach dem Nein der Bündner schlug IOK-Exekutivmitglied René Fasel deshalb vor, diese enorme strukturelle Hürde abzumildern:

Der Bund müsse zuerst drei Milliarden Franken für Olympische Spiele bereithalten und erst dann fragen, wer die Spiele organisieren wolle. So aufgegleist, mutmasste Fasel, würden sich viele bewerben. Aber Fasel erntete keinen Beifall. Die «Neue Zürcher Zeitung» warf ihm vor, er habe das demokratische Prinzip nicht begriffen: Auch der vorgeschlagene Milliardenkredit falle schliesslich nicht vom Himmel, sondern erfordere ein Ja des Volkes. Das heisst: Zu den beiden Olympischen Winterspielen, welche die Schweiz 1928 und 1948 ausrichten durfte, werden wohl so rasch keine weiteren dazukommen.

MARC LETTAU ist Redaktor der «Schweizer Revue»

### ABGEBLITZT

Das Internationale Olympische Komitee hat seinen Sitz in der Schweiz, in Lausanne. Die Schweiz wird aber bei der Vergabe Olympischer Spiele nicht bevorzugt: Die Reihe erfolgloser Bewerbungen ist lang. Erfolglos um Winter- oder Sommerspiele beworben haben sich zum Beispiel St. Moritz (für die Spiele von 1936, 1960), Lausanne (1936, 1944, 1948, 1952, 1960), Sion (1976, 2002, 2006). Dazu gesellen sich die vom Volk verworfenen Olympiapläne wie etwa in Zürich (Volksabstimmung von 1969), Bern (1969, 2002), im Wallis (1963), in der Waadt (1986) und in Graubünden (1985, 2013).